

Konsultation über die Vorlage für die Berichterstattung über Techniken zur Erstellung von Verbraucherprofilen

Datum 14. September 2023

Vorbemerkung

Der VAUNET – Verband Privater Medien bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf der EU-Kommission für ein Muster zur Beschreibung der von Gatekeepern eingesetzten Techniken zum Verbraucher-Profiling im Rahmen des Art. 15 Digital Markets Act (DMA).

VAUNET unterstützt den Ansatz der EU-Kommission, durch die Schaffung von mehr Transparenz über die von Gatekeepern eingesetzten Profiling-Techniken auch die Wirtschaftsteilnehmer zu schützen.

Dies vorausgeschickt nimmt der VAUNET zu den folgenden Punkten Stellung:

Klarstellung erforderlich

Die von den Gatekeepern gemäß Ziffer 2.1 des Entwurfs der Mustererklärung mitzuteilenden Informationen sind sowohl hinsichtlich des Umfangs und der Tiefe als auch hinsichtlich der mitzuteilenden Inhalte nachvollziehbar und verhältnismäßig.

Klarstellungsbedarf sieht der VAUNET in der Mustererklärung dahingehend, dass Gatekeeper in das Auditing und in die Berichterstattung auch diejenigen Datenerhebungen und -verwendungen über sonstige Dienste des Gatekeepers hinweg einbeziehen müssen, die keine „core platform services“ sind, soweit eine Zusammenführung von Nutzungs- und Nutzerdaten von „core platform services“ und sonstigen Plattformservices erfolgt.

Gatekeeper können Daten über eine Vielzahl von Diensten hinweg erheben und zusammenführen. Gerade hier liegt die besondere Gefahr der Verfestigung von Marktmacht in der datengetriebenen Plattformökonomie.

Dem scheint die Mustererklärung in Ziffer 2.1 c) auch grundsätzlich Rechnung tragen zu wollen. Denn hiernach sollen offenbar auch Daten, die bei Nutzung von „gatekeeper services“ (nicht „core platform services“) anfallen, in die Mitteilungspflicht einbezogen werden. Ziffer 2.1 c lautet:

„a numbered list with a detailed description of each category of personal data [...] and sources for each of these categories of data and personal data [...] applied to or across

*the designated core platform services (in particular, [...] personal data originating from **the gatekeeper's services** [...] and from third parties".*

Das hier zu Recht weit gefasste Verständnis sollte bereits im ersten Absatz von Ziffer 2.1 klar-gestellt und Ziffer 2.1 wie folgt ergänzt werden:

*„...applied within the core platform services and across multiple core platform services and **if necessary, across all other gatekeeper services** including at least information about: ...“*

Dies ist auch durch Art. 15 Abs. 1 DMA gedeckt. Zwar bezieht sich dieser im Wortlaut nur auf die benannten zentralen Plattformdienste, da nur diese Regelungsgegenstand des DMA sind. Daraus folgt aber nicht, dass sich die für die Regulierung der zentralen Plattformdienste erforderlichen Informationen, Transparenzangaben und Rechenschaftspflichten auf ebendiese beschränken müssen, wenn sie in einem regulierungsrelevanten Zusammenhang mit anderen Plattformdiensten stehen. Ansonsten wäre der sich aus Erwährungsgrund 72 ergebende Zweck des Art. 15 DMA schon dem Grund nach verfehlt. Hiernach soll insbesondere die „Bestreitbarkeit der zentralen Plattformdienste“ gefördert werden.

Faktische statt bloß erklärte Unabhängigkeit gewährleisten

Ausweislich Ziffer 3 des Entwurfs verfolgt die EU-Kommission den Ansatz, dass Gatekeeper die Stellen, die das Auditing vornehmen, selbst auswählen und beauftragen sollen. Entsprechend Ziffer 3.1 soll die Unabhängigkeit der Prüfer durch verschiedene Einzelmaßnahmen, insbesondere durch Interessenserklärungen (vgl. u. a. Ziffer 3.1 lit. c) abgesichert und überprüfbar gemacht werden.

Dieser Ansatz ist verkürzt. An die Stelle einer bloß erklärten und ggf. ex-post nachgeprüften Unabhängigkeit sollte eine faktische ex-ante Unabhängigkeit treten. Diese ist zu erreichen, in dem die EU-Kommission die für die Durchführung der Prüfverfahren zu Verfügung stehenden Prüfstellen selbst auswählt und benennt, sowie im Vorfeld auf ihre Unabhängigkeit hin überprüft. Alleine über diesen Weg kann auch sichergestellt werden, dass die Prüfer tatsächlich die für die Prüfung erforderliche Qualifikation haben.

Für den Aufbau eines entsprechenden Verfahrens gibt Art. 15 Abs. 2 DMA eine hinreichende Ermächtigungsgrundlage. Hiernach kann die EU-Kommission die „Methodik und das Verfahren“ ausgestalten.

Verobjektivierung der Auditverfahren gewährleisten

Nach Ziffer 4.1 haben die unabhängigen Prüfer eine Beschreibung des von ihnen durchgeführten Prüfverfahrens vorzulegen. Der Beschreibung muss u. a. eine Erläuterung der ausgewählten Prüfstandards und Sampling-Methoden umfassen. Zudem sollen nach Ziffer 5 Prüfvermerke vorgelegt werden. Diese sollen mitteilen, ob ausreichende Informationen zur Durchführung der Prüfung seitens der Gatekeeper bereitgestellt worden sind.

Der VAUNET versteht dieses Verfahren als Zugeständnis an die Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit der je nach Geschäftsmodelle eingesetzten Profiling-Techniken, die ggf. auf unterschiedlichen Wegen analysiert und geprüft werden müssen. Dennoch: Eine echte Aussagekraft der Prüfung und objektive Vergleichbarkeit kann nur erreicht werden, wenn durch die EU-Kommission möglichst weitgehende standardisierte Prüfverfahren insbesondere mit Blick auf einzusetzende Methoden und Samplesizes verbindlich vorgegeben werden.

Auch für die Etablierung solcher Standardisierungen sieht Art. 15 Abs. 2 DMA eine hinreichende Ermächtigungsgrundlage vor.

Zum VAUNET:

Der VAUNET ist der Spitzenverband der privaten audiovisuellen Medien in Deutschland. Zu den vielfältigen Geschäftsfeldern der rund 160 Mitglieder gehören TV-, Radio-, Web- und Streaming-Angebote. Der Wirtschaftsverband hat zum Ziel, auf nationaler wie europäischer Ebene Akzeptanz für die politischen und wirtschaftlichen Anliegen der audiovisuellen Medien zu schaffen sowie die große gesellschaftspolitische und kulturelle Bedeutung der Branche im digitalen Zeitalter ins Bewusstsein zu rücken.